

Stadtkanzlei
Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun
Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch



Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 4/2011 vom 7. April 2011, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

| | |
|----------------------------|---|
| Stadtrat | Vorsitz: Stadtratspräsidentin Verena Balmer Damen und Herren Peter Aegerter, Suzanna Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Piero Catani, Jürg Dällenbach, Andrea de Meuron, Peter Dütschler, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Martin Frei, Konrad Hädener, Thomas Hiltzold, Christian Josi, Alain Kleiner, David Külling, Lukas Lanzrein, Gina Lehnherr, Manfred Locher, Michael Lüthi, Thomas Marghitola, Gabriela Meyer-Fiechter, Christoph Peter, Carlos Reinhard, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Claude Schlapbach, Franz Schori, Heinz Schürch (ab Traktandum Nr. 30), Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer |
| Gemeinderat | Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler, Gemeinderatssekretär Marius Mauron |
| Sekretariat | Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Fabienne Feller |
| Entschuldigt | Stadträte Hanspeter Aellig und Carlo Schlatter |
| Schluss der Sitzung | 18.05 Uhr |

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

27. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 17. März 2011

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

28. Kommissionen

Wahl von Ursula Stucki-Schneebeli (glp) in die Wahlkommission

Bericht des Gemeinderates Nr. 11/2011

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37. lit. c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. März 2011, beschliesst:

1. **Ursula Stucki-Schneebeli**, geb. 13. Dezember 1967, von Thun, Dentalhygienikerin / Hausfrau, wohnhaft Eisenbahnstrasse 46 B, 3604 Thun wird per sofort für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2014 endenden Amtsdauer als Mitglied in Wahlkommission gewählt:
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

29. Rechtsetzung

Bestattungs- und Friedhofreglement (Teilrevision mit den unbestrittenen Teilen nach der Ablehnung in der Volksabstimmung vom 13. Juni 2010)

Bericht des Gemeinderates Nr. 12/2011

a) Eintretensdebatte

Alfred Blaser, **SAKO B+L**, erläutert, dass die SAKO sehr zeitsparend beraten konnte. Einerseits sind die Veränderungen bereits am 19. November 2009 in der damaligen SAKO und am 26. November 2009 im Stadtrat besprochen worden. Andererseits sind die damaligen Fraktionssprecher heute noch Mitglieder der SAKO. Die SAKO empfiehlt einstimmig die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichts und die Annahme der Teilrevision.

Das Eintreten ist unbestritten.

b) Detailberatung

Art. 1 – 10 des Bestattungs- und Friedhofreglements
Keine Wortmeldungen.

Art. 11 – 20 des Bestattungs- und Friedhofreglements
Keine Wortmeldungen.

Art. 21 – 27 des Bestattungs- und Friedhofreglements

Matthias Wiedmer (SVP) weist auf einen Schreibfehler in Art. 22 Abs. 3 lit. b des neuen Bestattungs- und Friedhofreglements hin. Das Wort „Leichraum“ muss durch das Wort „Leichenraum“ ersetzt werden.

Das Sekretariat nimmt dies zustimmend zur Kenntnis.

Der Rat genehmigt mit 36 Stimmen bei 1 Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Bst. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. März 2011, beschliesst:

1. Die Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofreglementes wird genehmigt und auf den 1. Mai 2011 in Kraft gesetzt.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

30. Motion M 18/2010 betreffend Gemeinderatsmandat für alle Bürger

FDP-Fraktion vom 17. Dezember 2010; Beantwortung

Michael Lüthi, **FDP-Fraktion**, bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung. Der Vorstoss hat nichts mit der Abwahl zu tun. Ob eine Abwahl unverdient ist oder nicht, steht hier nicht zur Debatte. Herr Lüthi persönlich stellte fest, dass eine Veränderung in der Parteienlandschaft vor sich geht. Lösungsorientierte Sachpolitik wird die Stadt weiter bringen, die Politik der Polemik nicht. Immer mehr Leute sehen das. Im letzten Jahr hat man bei den Nominationen möglicher Kandidatinnen und Kandidaten für ein Gemeinderatsmandat gesehen, dass es aufgrund des Wahlsystems fast unmöglich ist, gut qualifizierte Leute, die auch im Berufsleben stehen, für eine Kandidatur zu gewinnen. Wenn sich jemand für eine neue Stelle bewirbt, durchläuft er ein Auswahlverfahren und bekommt mit etwas Glück den Job. Niemand würde sich auf einen Arbeitsvertrag einlassen, wenn er erst nach dessen Unterzeichnung das Aufgabengebiet und den Beschäftigungsgrad erfahren würde. Die Fraktion hat weder die Absicht, die Pensen zu erhöhen, noch diese zu kürzen. In Zukunft sollen potenzielle gute Kandidaten für die Politik begeistert werden können. Es scheint, als könnten sich mit dem jetzigen Wahlsystem nur Lehrer und Juristen für ein Exekutivamt zur Verfügung stellen. In Thun bleibt nur die zweite oder dritte Garde und die Chefbeamten sind die heimlichen Stadtväter, nicht die vom Volk gewählten Regierungsmitglieder. Die Aufgaben müssen auf mehr Köpfe verteilt werden. Eine allfällige Abwahl eines Gemeinderats würde so nicht zu Härtefällen führen und nicht zusätzliche Kosten für die Stadt generieren. Die besten Leute sollen für Thun gewonnen werden können. Proporzahlen wie im letzten Herbst hinterlassen Frust bei den Wählern, das Vertrauen in die Politik nimmt noch mehr ab. Ob ein Doppelproporz seine Tücken hat oder nicht, ist nicht relevant. Aus Liebe zu Thun setzt sich die Fraktion für die Grundsätze der Demokratie ein. Das Ziel ist, diskriminierungsfreie Wahlen durchzuführen, damit auch in Thun die besten Leute für ein Exekutivamt zur Verfügung stehen.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, hatte auf den ersten Blick grosse Sympathien für die Stossrichtung der Motion. Auch für die Fraktion ist es ein Anliegen, dass sich selbständig Erwerbende sowie Gewerbetreibende im Gemeinderat engagieren können. Manchmal ist es aber nicht möglich, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, wie die letzten Wahlen gezeigt haben. Dies hat aber nichts mit einem falschen Wahlsystem zu tun. Das jetzige System ist sehr flexibel, die gewählten Mitglieder teilen sich die Pensen selber zu. Ein Einzelfall wie beim letzten Mal, wo ausnahmsweise ein 40 %-Pensum nicht möglich war, rechtfertigt nicht, das Prozedere schon wieder zu ändern. Die Erhöhung auf sieben Gemeinderäte schafft Mehraufwände. Im Ergebnis verteilt das jetzige System die Chancen und Risiken am gleichmässigsten. Die Fraktion lehnt die Motion ab.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, erinnert daran, dass im Sommer 2009 der Gemeinderat zum ersten Mal über Pensen beraten hat. Im Sommer 2010 hat der Gemeinderat die Fraktionschefs und Fraktionschefinnen über die drei möglichen Varianten informiert. Eine dieser Varianten war das heutige System. Man konnte sich als Kandidat sehr wohl informieren, wie gross die Pensen sein würden. Martin Allemann als nicht selbständig erwerbender Kandidat weiss, dass man auch als Arbeitnehmer nicht sehr flexibel ist. In diesem Sinne ist das System genauso arbeitnehmer- wie auch arbeitgeberfeindlich. Auf der einen Seite heisst es, Pensen von 30 % seien realistisch. Auf der anderen Seite heisst es, die Gemeinderäte hätten ihre Ressorts nicht im Griff. Bei einem 30 %-Pensum bleibt nach Abzug von einem Tag für die Gemeinderatssitzung noch ein halber Tag übrig. Bei der heutigen Menge an Sachgeschäften reicht das einfach nicht. 2005 wurde das Wahlsystem von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mit 73,4 % angenommen. Das war kein Zufallsmehr. Man sollte nicht Wahlsysteme aufgrund von Wahlniederlagen ändern. Die Fraktion lehnt die Motion ab. Übrigens schliesst die Motion gemäss Titel die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus, da die Bürgerinnen in der Motion nicht erwähnt sind.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, kommt es nach dem Votum der FDP vor, als würde heute im Gemeinderat die zweite oder dritte Garde sitzen. Beim Lesen des Vorstosses kam ihm das Wort „Wahlkatharsis“ in den Sinn. Katharsis bedeutet Reinigung, hauptsächlich geht es dabei in der Psychologie um das Ausleben von Aggressionen zur Reduktion von schlechten Gefühlen. Nicht nur in Thun verliert die FDP Stadt- und Gemeinderäte, dafür gibt es verschiedene Gründe. Das heutige Modell lässt auch kleinere Pensen zu, wenn sie ausgehandelt werden können. Unglückliche Abwahlen wird es immer geben. Es ist gefährlich, dem Wahlsystem die Schuld für die Abwahl zu geben. Die Fraktion lehnt die Motion ab.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, informiert, dass die FDP vor wenigen Jahren den Wechsel zu schlankeren, effizienteren Strukturen erreichen wollte. Diese hat man mit dem heutigen Gemeinderat. Es wird nicht nachvollziehbar begründet, was die Vorteile eines siebenköpfigen Gemeinderats sein sollen. Die Tatsache, dass keine Unternehmer im Gemeinderat sind, haben sich diese selber zuzuschreiben. Sie müssen sich der Wahl stellen und dann auch gewählt werden. Was aber dem Wahlsystem fehlt, ist Berechenbarkeit und Transparenz. Dies hält Leute davon ab, sich für eine Kandidatur zu interessieren. Dazu ist der Zeitpunkt der Wahlen diskussionswürdig. Die Wahlen würden besser im Herbst durchgeführt. Es ist zudem fraglich, ob Listenverbindungen zugelassen werden sollen. Das führt nämlich dazu, dass man ein Heer von Kandidaten hat, weil sich jede Partei profilieren will. Ernsthaft Kandidierende hat es darunter nicht viele. Das Majorz-System kann man erneut überdenken. Der heutige Gemeinderat ist aber keinesfalls zweite Garde. Im Vorfeld der Wahlen muss das System besser werden. Die Fraktion lehnt die Motion ab.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Erhöhung der Anzahl Gemeinderäte in die falsche Richtung geht. Die Stadtverwaltung ist wie ein grosses KMU, der Gemeinderat wie eine Geschäftsleitung. In dieser Grössenordnung ist die Geschäftsleitung kein Nebenamt. Das Pensum war zum Voraus bekannt. Der Tätigkeitsbereich nicht, das ist aber gerade die Herausforderung. Die heutigen Gemeinderatsmitglieder sind erste Wahl, nicht zweite. Sie haben sich dieser Herausforderung gestellt. Das Wahlsystem anzupassen, ist keine Lösung. Die Fraktion lehnt die Motion klar ab. Was zu bemängeln ist, ist das automatische Nachrücken bei einer Vakanz innerhalb von drei Monaten. Das hat aber nichts mit dem Wahlsystem zu tun. Die Fraktion reicht zu diesem Thema einen Vorstoss ein.

Gemeinderätin Ursula Haller macht eine persönliche Anmerkung. Es ist für sie eine Premiere, dass sie von Artikel 44 des Stadtratsreglements Gebrauch macht. Demnach hat jedes Ratsmitglied das Recht, sich zu äussern, wenn es sich in seiner persönlichen Ehre verletzt fühlt. Sie ist überzeugt, dass sie das nicht für sich alleine macht. Sie wendet sich an Michael Lüthi: Seine Rede stellt eine Disqualifikation des Gemeinderates sowie der Wählerinnen und Wähler dar. Sie fragt sich, ob Michael Lüthi ein solches Votum auch abgegeben hätte, wenn Jolanda Moser, die abgewählte Gemeinderätin, noch hier sitzen würde. Sie ist sich sicher, dass das Votum nicht mit gleicher Vehemenz ausgefallen wäre, da er dadurch eine Parteikollegin disqualifiziert hätte. Ursula Haller ist sich bewusst, dass die geistige Elite der Stadt Thun möglicherweise im Stadtrat sitzt und sich die Exekutive von Fall zu Fall disqualifizieren lassen muss. Alles muss sich der Gemeinderat trotzdem nicht gefallen lassen. Sie kritisiert das Votum von Michael Lüthi auf das Heftigste.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass aufgrund der eigenen Betroffenheit eine gewisse Zurückhaltung des Gemeinderats bezüglich Wahlsystem angebracht ist. Er lässt sich aber ungern sagen, dass der Gemeinderat zweite oder dritte Garde sei. Es beruhigt ihn, dass Konrad Hädener und Carlos Reinhard, die beide unternehmerisch tätig sind, auch kandidiert haben. Man findet also Unternehmer, die sich bewerben. Auch andere Systeme haben unter Umständen ihre Tücken. Zum Thema Berechenbarkeit ist zu sagen, dass in der Vergangenheit unter verschiedenen Wahlsystemen Personen abgewählt wurden, die nicht hätten abgewählt werden sollen. Dies hat mit den politischen Mehrheitsverhältnissen zu tun. Herr Lanz ist nicht zuversichtlich, dass die Berechenbarkeit durch ein System verbessert werden kann.

Michael Lüthi, **FDP-Fraktion**, möchte sich in aller Form entschuldigen, falls sich Ursula Haller persönlich angegriffen fühlt. Man soll sich schon bei der Kandidatur entweder für ein Nebenamt oder für ein Hauptamt bewerben können. Einige Voten haben das nicht so aufgenommen. Die Fraktion wollte die Kandidatur nicht nur für Unternehmer attraktiver machen, sondern für alle Berufsgattungen.

Der Rat lehnt die Motion mit 35 : 3 Stimmen ab.

31. Motion M 20/2010 betreffend Kosten für Tagesschulen

SVP-Fraktion vom 17. Dezember 2010; Beantwortung

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, erklärt, dass im Voranschlag 2011 die Kosten die kantonalen Normkosten um CHF 155'500 übersteigen. Gemäss AVP-Massnahme 62 dürfen die kantonalen Normkosten aber nicht überschritten werden. Die Begründung des Gemeinderats ist nachvollziehbar und die Fraktion versteht das System zur Finanzierung der Tagesschulen. Die Fraktion will aber die Motion noch nicht abschreiben, da die Rechnung 2010 und das Budget des nächsten Jahres noch nicht vorliegen. Der Vorstoss soll erst bei der Bereinigung der Vorstösse im Zusammenhang mit der Behandlung des Jahresberichts abgeschrieben werden.

David Külling, **Fraktion der Mitte**, freut sich, dass die Qualität der Tagesschulen weiter gesteigert wurde. Die bestehende Infrastruktur kann verstärkt genutzt werden. Die Fraktion ist zufrieden mit der Antwort. Sie anerkennt, dass der Gesellschaftswandel dazu führt, dass die Familie die Kinder nicht immer betreuen kann. Ein Wermutstropfen ist, dass die Familien, die die Kinder selber betreuen, die Tagesschulen über die Steuern mitfinanzieren müssen. Die Fraktion nimmt die Motion an und schreibt sie ab.

Sandra Rupp, **SP-Fraktion**, empfiehlt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung der Motion. Es könnte sogar noch mehr Geld fließen und die Normkosten würden immer noch eingehalten. Es ist erfreulich, dass sich der Bund mit grosser Wahrscheinlichkeit an den Kosten beteiligen wird. Man darf sich aber nicht allzu viele Hoffnungen machen bezüglich der Stärkung der Steuerkraft. Seit dem Sommer 2010 müssen alle Berner Gemeinden Tagesschulen anbieten, sofern die Finanzkraft vorhanden ist. Viele Ehepaare suchen ihren Wohnort, wenn ein Kind eingeschult wird oder zum Zeitpunkt der Familiengründung. Deshalb sind zuerst KiTas gefragt und nicht Tagesschulen. Die Situation ist diesbezüglich im Moment sehr schwierig. Sie wünscht sich, dass dieses Problem mit dem gleichen Engagement angegangen wird und in absehbarer Zeit wenigstens die Möglichkeit einer Koordinationsstelle abgeklärt wird.

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, ist der Meinung, dass familienexterne Angebote sehr wichtig sind für die Standortentwicklung. Bedeutende Faktoren für die Wahl des Wohnortes sind sichere Schulwege, das Freizeit- und Kulturangebot, das Bildungsangebot, der Arbeitsweg sowie die familienexternen Betreuungsmöglichkeiten. Alle Fraktionen haben die AVP-Massnahmen angenommen und der Gemeinderat muss sich daran halten, was er ja auch macht. Ein allfälliger Verzicht auf die kalkulatorischen Raumkosten wäre durchaus vertretbar. Ein solcher Verzicht würde den Spielraum des Gemeinderats in finanzieller Hinsicht erweitern. Alle Gemeinden ab einer bestimmten Grösse bieten Tagesschulen an, allerdings kann sich die Stadt Thun durch die Menge und Qualität des Angebots an Tagesschulen abheben. Die Fraktion wünscht sich deshalb, dass der Gemeinderat den finanziellen Spielraum ausnützt. Die Fraktion nimmt die Motion an und schreibt sie gleichzeitig ab.

Susanna Ernst, **BDP-Fraktion**, findet es richtig, dass man Sorge trägt zu den Finanzen der Stadt Thun. Ein Aufwandüberschuss bedeutet aber nicht eine Normkostenüberschreitung, das ist ein wichtiger Punkt. Durch ein gutes Angebot an Tagesschulen wird die Gemeinde Thun attraktiver. Ausserdem hat Thun eine langjährige Tradition in Bezug auf das Angebot an Horten und seit 2003 an Tagesschulen. Nicht zu vergessen ist der soziale Aspekt der Tagesschulen. Das Sozialverhalten der Kinder wird gefördert. Die KiTa ist heute nicht mehr nur für Kinder von Leuten, die erwerbstätig sind, gedacht. Tagesschulen sind freiwillig, niemand muss seine Kinder hinschicken. Aber wer will, soll die Möglichkeit haben. Die Fraktion nimmt die Motion an und schreibt sie mehrheitlich ab.

Gemeinderätin Ursula Haller freut sich, dass die Institution Tagesschule an sich gewürdigt wird. Es handelt sich um eine segensreiche Institution, die allen zugute kommt. Sie antwortet Martin Frei in Bezug auf die kalkulatorischen Raumkosten: In Thun hat man sich für das Modell MVT entschieden. Das bedeutet, dass überall eine Vollkostenrechnung gemacht wird und deshalb ausgewiesen werden muss. Frau Haller ist mit dem Votum von Sandra Rupp einverstanden. Eine Koordinationsstelle ist sehr wertvoll. Man ist diesbezüglich an den Abklärungen, sie wird realisiert.

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, ist froh, dass der finanztechnische Aspekt geklärt werden konnte. Die kalkulatorischen Raumkosten gehören dazu. Die Fraktion freut sich, dass im Bereich Tagesschulen für einmal eine Übereinstimmung mit der SP gefunden werden konnte. Sie sieht den Standortvorteil nämlich genauso wenig, wenn alle anderen Gemeinden ebenso Tagesschulen anbieten.

Der Rat nimmt die Motion einstimmig an und schreibt diese mit 23 : 15 Stimmen ab.

Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin verliest das Demissionsschreiben von Stadtrat Christoph Peter. Er wird die Leitung des Landwirtschaftsbetriebes der Heimstätte Bärau übernehmen. Dies bedingt, dass er auf dem Hof wohnt und somit von Thun wegzieht. Christoph Peter tritt per 8. April aus dem Stadtrat aus. Er wünscht dem Stadtrat Thun weiterhin spannende Diskussionen. Christoph Peter war seit 5 Jahren im Stadtrat und zuletzt auch Fraktionspräsident der SVP-Fraktion. Er war Mitglied der SAKO BiSK, der Arbeitsgruppe AVP, der stadträtlichen Kommission Parkhausplanung sowie der Wahlkommission. Die Stadtratspräsidentin dankt Christoph Peter für seine Mitarbeit im Stadtrat und wünscht ihm im Namen des ganzen Rates beruflich und privat alles Gute. Das Fraktionspräsidium der SVP übernimmt Stadtrat Matthias Wiedmer.

Eingang

- Motion betreffend Änderung der Stadtverfassung Art. 61 „Rücktritt, Nachrücken und Ersatzwahl in den Gemeinderat“; BDP-Fraktion vom 7. April 2011
- Interpellation betreffend Ansiedlung einer Fachhochschule in Thun; SP-Fraktion vom 7. April 2011
- Interpellation betreffend Aufgaben, Besetzung und Praxis des Fachausschusses Bau- und Aussenraumgestaltung; SVP-Fraktion vom 7. April 2011
- Interpellation „Warum Steuergelder statt Parkgebühren und Parkplatzerersatzabgaben für das Schlossbergparking?“; Fraktion Grüne vom 7. April 2011

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Verena Balmer

Remo Berlinger